

## Über nicht unter Taxigesetz

Grosser Rat versenkt Motion

Von Martin Regenass

**Basel.** FDP-Regierungsrat und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr atmete sichtlich erleichtert auf, als Grossratspräsident Joël Thüring verkündete, dass Dürr das Fahrdienstunternehmen Uber nicht dem Taxigesetz unterstellen muss. Der Grosse Rat hatte zuvor eine Motion von SP-Grossrat Pascal Pfister mit 47 zu 45 Stimmen bei zwei Enthaltungen ganz knapp nicht ans Polizeidepartement überwiesen.

Pfisters Motion zielte darauf ab, zwischen Taxifahrern und Uber-Fahrern «gleich lange Spiesse» zu schaffen. Die Motionäre erhofften sich mit einer Unterstellung von Uber unter das Taxigesetz einen «fairen Wettbewerb» im Bereich des Personentransportwesens. Pfister: «Taxifahrer müssen sich an Regeln halten, welche Uber-Fahrer nicht einhalten müssen.» Die Motion forderte, dass Uber-Fahrer wie Taxifahrer auch eine Leumundsprüfung absolvieren müssen. Zudem sollten die Fahrzeuge angeschrieben und mit einem Fahrtenschreiber ausgerüstet werden. Damit könnte die bei professionellen Personentransporten nötige Ruhezeit-einhaltung überprüft werden.

Die Gegner des Gesetzes aus den bürgerlichen Reihen argumentierten damit, dass Uber-Fahrer nur halb dem Gesetz unterstellt würden und beispielsweise nicht wie Taxis in die Innenstadt fahren dürften. Die Befürworter aus der Ratslinken hingegen sagten, dass Uber-Fahrer ein Sicherheitsrisiko für andere Verkehrsteilnehmer seien, wenn sie die vorgeschriebenen Ruhezeiten nicht einhielten und übermüdet Auto fahren würden.

# Kanton soll Elektroautos stärker fördern

Veränderte Rahmenbedingungen für Ladestationen und Subvention

Von Martin Regenass

**Basel.** Gerade einmal 127 Elektroautos waren 2016 laut Polizei bei der Basler Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert. Geht es nach dem Grossen Rat, soll sich dieser Bestand in den nächsten Jahren erhöhen. Hierfür hat das Parlament gestern drei Motionen an den Regierungsrat überwiesen. Zwei davon sind klar angenommen worden, bei der dritten fiel das Resultat etwas knapper aus.

Bei Letzterer handelt es sich um einen gemeinsamen Vorstoss des Grünen Thomas Grossenbacher und Stephan Luethi-Brüderlin von der SP. Sie verlangen vom Regierungsrat, dass er einen Rahmenkredit ausarbeitet, um innerhalb eines Jahres mindestens 200 Ladestationen für Elektroautos zu bauen. Diese sollen in öffentlich zugänglichen Parkhäusern sowie auf Allmend-Parkplätzen erstellt werden. Mittels Anträgen sollen interessierte Einwohner solche Stromtankstellen vor ihre Mietshäuser auf die Parkplätze bestellen können. Damit sollen Unsicherheiten bezüglich des Aufladens von Elektroautos zerstreut werden, die potenzielle Käufer heute beschäftigen, weil sie nicht wissen, wo sie ihr Auto mit Strom betanken können.

FDP-Grossrat Beat Braun wehrte sich gegen die Motion Grossenbachers. «Ladestellen zur Verfügung zu stellen, ist keine staatliche Aufgabe. Private sowie die Industriellen Werke Basel

müssen diese Infrastruktur bereitstellen.» Motionär Grossenbacher sprach den CO<sub>2</sub>-Ausstoss an, den es zu reduzieren gelte. «In Basel haben wir 100 Prozent erneuerbaren Strom. Daher können wir eine Vorreiterrolle einnehmen.» Er verwies an deutsche Städte wie Berlin und München, wo bezüglich öffentlichen Ladestationen vorwärtsgemacht werde. Grossenbacher ist davon überzeugt, dass es diese Anschubfinanzierung braucht, damit in Zukunft mehr Menschen Elektroautos fahren.



### Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

Die zweite Motion, zu der die Regierung nun berichten muss, stammt von LDP-Grossrat Heiner Vischer. Die Gesetzesänderung zielt darauf ab, dass vermehrt auch Unternehmen Elektrofahrzeuge kaufen. Erreicht werden soll dieses Ziel mit einem Anreizsystem. Handwerker, Taxifahrer oder Firmen, die ihren Sitz oder ihre Filiale im Kanton Basel-Stadt haben, sollen beim Kauf eines Elektroautos einmalig 3000 Franken erhalten. Die Beiträge sollen aus dem Topf der kantonalen Energieförderabgabe bezahlt werden. Die Dauer dieser staatlichen Subvention soll so lange aufrechterhalten werden, bis der Anteil der Elektroautos in Basel-Stadt fünf Prozent aller Personenwagen ausmacht.

### Genügend Schnell-Ladestationen

Die letzte Motion, die das Parlament zum Thema Elektromobilität an die Regierung überwies, zielt auf die Versorgungssicherheit von E-Autos ab. Die Regierung muss nun innerhalb von zwei Jahren ein Gesetz ausarbeiten, das dafür sorgt, dass eine «ausreichende Zahl» Schnell-Ladestationen erstellt wird. Zudem müssten diese digital so vernetzt werden, dass Fahrer von Elektroautos auf der Durchfahrt die Schnellladestellen orten und in kurzer Zeit aufladen könnten. Die Stromtankstellen sollen auf öffentlichem Grund oder in Parkhäusern installiert werden, wie es GLP-Motionär Aeneas Wanner verlangt. «Der Kanton muss die Infrastruktur proaktiv bauen. Dann kommen auch die Einwohner und Betriebe und kaufen sich Elektroautos.»

Bereits seit der vor Kurzem revidierten Motorfahrzeugsteuer werden Elektroautos gefördert. Auf die Motorfahrzeugsteuer erlässt der Kanton einen 50-Prozent-Rabatt.

## Balz Herter wird CVP-Präsident

Andrea Strahm verzichtet

**Basel.** Was sich schon seit Längerem abgezeichnet hat, ist nun Tatsache: Der Grossrat Balz Herter wird neuer Präsident der CVP Basel-Stadt. Zwar muss er am 22. Mai noch von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Da die Findungskommission nur ihn als Kandidaten vorschlägt, dürfte dies aber eine reine Formsache sein. Der 33-Jährige tritt die Nachfolge von Andrea Strahm an. Sie verzichtet auf das Präsidium, um einem Jüngeren Platz zu machen.

Herter will nun ein neues Team zusammenstellen und das Profil der Partei schärfen. Es soll klar sein, welche Werte die CVP vertritt. Das sei bisher nicht der Fall gewesen, sagt er. Auch will Herter die Zusammenarbeit mit der CVP Schweiz fördern. ale

## Nachrichten

### FDP will Eigenmietwert abschaffen

**Basel.** Die FDP will mit einer Standesinitiative die Besteuerung des Eigenmietwerts abschaffen. Die Möglichkeit, die Hypothekenzinsen vom steuerbaren Einkommen abzuziehen, schaffe Anreize, Schulden nicht zurückzahlen. Der Grosse Rat hat gestern mit 49 Nein zu 40 Ja bei sieben Enthaltungen die Motion von Beat Leuthardt (GB) abgewiesen. Dieser forderte, die Einführung eines gestaffelten Mieterabzugs.

### 1,2 Millionen Franken für Entwicklungshilfe

**Basel.** Für Stipendien zugunsten Studierender aus Entwicklungsländern stellt Basel-Stadt von 2018 bis 2021 insgesamt 1,2 Millionen Franken zur Verfügung. Der Grosse Rat hat dies gestern widerstandslos beschlossen. Der Kanton Basel-Stadt setzt damit eine 1961 begonnene Stipendienform fort. Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP) betonte, die Stipendien seien keine Einbahnstrasse, sondern auch eine Bereicherung.

### Wirte sollen nicht eingeschränkt werden

**Basel.** Der Grosse Rat möchte den Wirten das Leben nicht unnötig schwer machen. Er lehnte gestern eine Motion von Michael Wüthrich mit 73 Nein zu 14 Ja bei sechs Enthaltungen deutlich ab. Der Grüne forderte, dass die Richtlinien für die Möblierung der Boulevard-Restaurants und Cafés wieder in Kraft gesetzt werden. Baudirektor Hans-Peter Wessels (SP) sprach sich für eine einheitliche Lösung aus und appellierte an die Eigenverantwortung der Wirte.

## Im Vorzimmer

# Ein Grossrat kommt mit Trainerhosen an eine Sitzung. Wie reagieren Sie?

### «Lassen wir den Kindern ein bisschen Freiheit»



Edibe Gölgeli, SP

Ich würde wahrscheinlich schmunzeln. Grossrat ist ein öffentliches Amt. Es wäre daher wohl unangebracht, mit Trainerhose an einer Sitzung zu erscheinen. Ich würde es jedenfalls nicht tun. Ich bin auch nicht der Typ

dazu. Verboten würde ich es aber nicht. Genauso wenig wie man es an Schulen verbieten sollte. Lassen wir diesen Kindern doch ein bisschen Freiheit.

### «Jeans und T-Shirt sind akzeptiert»



Andreas Zappalà, FDP

Ich würde es selbst finden. Jeans und T-Shirt sind akzeptiert, aber Trainerhosen überschreiten die Grenze. Grundsätzlich ist aber das gesamte Erscheinungsbild wichtig. Auch Trainerhosen: wenn sie nicht auf-

fallen und der Rest ebenfalls gepflegt ist, dann ist es weniger störend. Das sollte im Übrigen auch an Schulen gelten. Verbote sind unnötig.

### «Trainerhosen hat man beim Sport an»



Katja Christ, GLP

Ich müsste lachen. Aber jeder soll tun, was er will. Ich bin ein liberal denkender Mensch. Selber würde ich es aber nie tun. Trainerhosen hat man in der Regel beim Sport an oder in der Freizeit. Kleider machen Leute; man

will mit seinen Kleidern ja auch etwas zum Ausdruck bringen. Ein Grossrat in Trainerhosen – der würde damit wohl vor allem provozieren wollen.

### «Es ist egal, wie Leute aussehen»



Michael Wüthrich, GB

Trainerhosen mit vier Streifen sind akzeptiert, mit drei verboten. Kleiner Scherz. Im Grossen Rat gilt die Regelung, dass man angemessen erscheinen muss. Im Prinzip ist es egal, wie Leute aussehen. Jede

Person muss selber merken, ob ihre Kleidung adäquat ist. Ich bin einmal nach einem Lager mit den Skitouren-Kleidern in den Rat gekommen.

## Weg mit Problempflanzen

Sensibilisierungskampagne gegen invasive Neophyten

**Basel.** Mit der Informationskampagne «Problempflanzen – weg damit» will der Kanton Hobbygärtner für den richtigen Umgang mit exotischen Pflanzenarten sensibilisieren, die im Garten zwar hübsch anzuschauen sind, einheimischen Pflanzen und Tieren aber die Lebensgrundlage nehmen, wenn sie sich unkontrolliert verbreiten.

Erste Adressaten der Kampagne sind die Pächter der Basler Freizeitgärten, heisst es in einer Mitteilung der Stadtgärtnerei und des Kantonalen Laboratoriums. Sie erhalten mit der Jahresrechnung ein Faltblatt mit den am meisten verbreiteten invasiven Neophyten, welche die grössten Probleme bereiten und deshalb entfernt werden sollten: Sommerflieder, Riesenbärenklau, Essig- sowie Götterbaum, Nordamerikanische Goldrute, Drüsiges Springkraut, Japanischer Knöterich und Kirschlorbeer. Das Dokument liefert ausserdem Empfehlungen, welche Pflanzen anstelle der invasiven Neophyten problemlos gepflanzt werden können.

Ein Plakat zeigt bildlich, wie mit den Problempflanzen umzugehen ist: «Erkennen, entfernen, geniessen.» ch

# Jeder zweite Beamte will weniger arbeiten

Petition für 40-Stunden-Woche eingereicht

Von Christian Horisberger

**Basel.** «2 Stunden weniger arbeiten = 2 Stunden mehr Lebensqualität!» Rund 5300 Angestellte des Kantons Basel-Stadt, das sind mehr als die Hälfte der Beschäftigten, fordern mit der Unterzeichnung einer Petition die Reduktion der Wochenarbeitszeit für Staatsangestellte um zwei auf 40 Stunden bei gleichem Lohn. Die federführende Arbeitsgemeinschaft der basel-städtischen Staatspersonalverbände (AGSt) hat die Bittschrift mit dem Titel «40 Stunden sind genug» gestern dem Regierungsrat übergeben.

Über die Reduktion der Wochenarbeitszeit hinaus verlangen die Unterzeichnenden eine flexible Ausgestaltung der Arbeitszeit. Zudem sollen für die Umsetzung zusätzliche Stellen geschaffen werden. Die Kantonsangestellten würden damit eine längst überfällige Anpassung an die grossen privatwirtschaftlichen Arbeitgeber der Region fordern, heisst es in einer Mitteilung der AGSt. Um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, müsse der Kanton

«endlich nachvollziehen», was Roche oder Novartis längst umgesetzt haben.»

Als weiteren Handlungsgrund nennt der AGSt den Beitrag, den das Kantonspersonal zum finanziellen Erfolg von Basel-Stadt beigetragen habe – zuletzt mit der Erhöhung des Rentenalters oder der Kürzung des Dienstaltersgeschenks. «Es ist an der Zeit, gegenüber dem Personal Wertschätzung zu zeigen und die erbrachten Leistungen und Verzicht zu honorieren.»

### Für Gewerbe «unverantwortlich»

Die Forderung der Arbeitnehmerorganisationen wird von Gewerbetreibenden und von bürgerlichen Politikern rundweg abgelehnt. Gabriel Barell, Direktor des Basler Gewerbeverbands, hatte von einer aus finanzpolitisch verantwortlichen Forderung gesprochen, als die Petition im November lanciert wurde. Für FDP-Präsident Luca Urge steht die Reduktion «völlig quer in der Landschaft». Das Staatspersonal sei punkto Kündigungsschutz und Pensionskasse schon heute merklich besser gestellt als Personal in der Privatwirtschaft.

## Moment mal

### Ein Rückzug in Ehren

Von Nina Jecker

**Basel.** Bier auf Wein, das lass sein, heisst es im Volksmund. Dass sich auch die Hersteller der beiden Alkoholika nicht immer grün sind, wurde gestern klar. Die vergangenes Jahr gegründete Ehrenwerte Brauerzunft Region Basel verschickte eine Medienmitteilung, in der sie den Rückzug des Adjektivs «ehrenwert» aus ihrem Namen ankündigt. Beschlossen wurde dies an der ersten ordentlichen Generalversammlung der Brauergruppe. Der Grund für den linguistischen Ehrverlust: Die Brauer haben böse Post erhalten. Und zwar hatten sich Vertreter der E.E. Zunft zu Rebluten (E.E. steht hier für Eine Ehren) in einem Brief bei den Bierfreunden gemeldet. Der Ton war wenig erfreut. «Selbstredend habt ihr das Recht, für euren Verein jeden passenden Namen zu wählen. Und dies schliesst auch die Bezeichnung Zunft mit ein», schreiben sie. Und fahren fort: «Was uns nicht behagt, ist die Bezeichnung Ehrenwerte und wir sind der Meinung, dass ihr diesen Vortatz aus historischen Gründen nicht verwenden solltet.» Fazit: Die junge Brauerzunft solle auf das Wort «ehren-

wert» verzichten. Dies, weil es im Verlauf der Basler Geschichte für offizielle Persönlichkeiten und Institutionen verwendet worden sei und es dieses «Offizielle» zum Ausdruck bringen solle.

Knapp sei das Resultat ausgefallen, dem Anliegen der Reblute nachzugehen, heisst es in der Mitteilung der Brauer mit einem Augenzwinkern. Nur ein, zwei Stimmen weniger und die Brauerzunft Region Basel könnte sich immer noch mit dem historischen Attribut «ehrenwert» schmücken, schreibt Zunftmeister Istvan Akos. In der Diskussion seien auch Zweifel an der Ehrenwertigkeit der Reblute laut geworden. In der Weinstadt Basel hätten diese ehrenwerte weinbezogenen Zünfte im Verlauf der Jahrhunderte alles Statthafte und Unstatthafte unternehmen, um den Brauern das Leben schwer zu machen, hätten einige moniert. Da seien sicher noch viele Leichen im Keller, die in einer historischen Untersuchung ans Tageslicht geholt werden müssten.

Fazit: Die Brauerzunft zu Basel hat ihre Ehre verloren, zeigt dabei Grösse und schliesst mit Latein. Sic transit gloria mundi – so vergeht der Ruhm der Welt, so endet ihre Medienmitteilung.